

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

Name [Verbandsgemeinde Weißenthurm](#)
 Straße [Kärlicher Straße 4](#)
 Plz, Ort [56575, Weißenthurm](#)
 Telefon [+49 2637-9130](#)
 Fax [+49 2637-913100](#)
 E-Mail vergabestelle@vgwthurm.de
 Internet <https://www.verbandsgemeindeweissenthurm.de>
 Kontaktstelle [Stabsstelle Zentrale Vergabe](#)
 Umsatzsteuer-Identifikationsnummer

b) Vergabeverfahren [Öffentliche Ausschreibung, VOB/A](#)

Vergabenummer [01-33-2026](#)

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen - ohne elektronische Signatur (Textform)**d) Art des Auftrags**

- Ausführung von Bauleistungen
 Planung und Ausführung von Bauleistungen
 Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

e) Ort der Ausführung

[Verbandsgemeinde Weißenthurm, Kärlicher Straße 4, 56575 Weißenthurm](#)

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose

[Der Jahresvertrag beinhaltet die auszuführenden Reparaturarbeiten der öffentlichen Straße, Wege und Plätze in allen Ortsgemeinden und Städten der Verbandsgemeinde Weißenthurm.](#)

[ca. 200 m3 Erdarbeiten](#)
[ca 200 m3 ungebundene Tragschichten](#)
[ca 600 m2 Pflasterarbeiten](#)
[ca 250 m Bordsteinarbeiten](#)
[ca 100 m Rinnenarbeiten](#)
[ca 450 m2 Asphaltarbeiten](#)

[Sowie Kanal-, Straßenentwässerungsarbeiten und Leiteinrichtungen.](#)

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden

Zweck der baulichen Anlage

Zweck des Auftrags

h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang siehe Buchstabe f)

- nein
 ja, Angebote sind möglich
- nur für ein Los
 für ein oder mehrere Lose
 nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

i) Ausführungsfristen

- Beginn der Ausführung [01.09.2026](#)
 Fertigstellung oder Dauer der Leistungen [31.08.2027](#)

Bestimmungen über die Ausführungsfrist

[Die Vertragslaufzeit beträgt 1 Jahr, sie beginnt am 01.09.2026 und endet am 31.08.2027. Dieser Vertrag verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn er nicht 3 Monate vor Ablauf der Vertragszeit von einer Partei gekündigt wird. Die maximale Gesamtlaufzeit beträgt 4 Jahre. Die Angebotspreise sind Festpreise, zwischenzeitlich auftretende Lohnerhöhungen sind einzukalkulieren.](#)

- j) **Nebenangebote**
- zugelassen
- nur in Verbindung mit einem Hauptangebot
- nicht zugelassen
- k) **mehrere Hauptangebote**
- zugelassen
- nicht zugelassen
- l) **Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen**
- Vergabeunterlagen
- werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter: <https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXP6YD0YEUK/documents>
- können angefordert werden unter:
- Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen
- Abgabe Verschwiegenheitserklärung
- andere Maßnahmen:
- Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist
- Nachforderung
- Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden
- nachgefordert
- teilweise nachgefordert, und zwar folgende Unterlagen:
- nicht nachgefordert
- o) **Ablauf der Angebotsfrist** am 17.06.2026 um 10:00 Uhr
- Ablauf der Bindefrist am 31.07.2026
- p) **Adresse für elektronische Angebote** <https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXP6YD0YEUK>
- Anschrift für schriftliche Angebote
- q) **Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:** DE
- r) **Zuschlagskriterien**
- siehe Vergabeunterlagen
- nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:
- | Kriterium | Gewichtung |
|-----------------------------------|------------|
| Niedrigster Preis | |
- s) **Eröffnungstermin** am 17.06.2026 um 10:00 Uhr
- Ort
- [Verbandsgemeinde Weißenthurm](#)
[Stabsstelle Zentrale Vergabe](#)
[Außenstelle - Nebengebäude](#)
[Raum 6 Basisgeschoss](#)
[Kärlicher Straße 6](#)
[56575 Weißenthurm](#)
- [Die Angebotsöffnung erfolgt ausschließlich elektronisch.](#)
- Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen
- [Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und deren Bevollmächtigte dürfen nicht anwesend sein.](#)
- t) **geforderte Sicherheiten**

Sicherheiten für Vertragserfüllung und Mängelansprüche (siehe Vergabeunterlagen)

u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind

VOB/B (siehe Vergabeunterlagen)

Für den Rechnungsversand über das E-Rechnungsportal des Landes Rheinland-Pfalz benötigen Sie von uns folgende Angaben:

1. Die ausschließlich für die Übermittlung zu nutzende E-Mail Adresse:
ZRE-RLP@poststelle.rlp.de
2. Die Leitweg-Identifikationsnummer
- der Verbandsgemeinde Weißenhurm 071375008000-001-17

v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften

w) Beurteilung der Eignung

Bieter/Bewerber müssen den Nachweis der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit gemäß den Angaben des § 6a VOB/A führen.

Der Bieter hat mit seinem Angebot zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit eine direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) nachzuweisen. Der Nachweis der Eignung kann auch durch Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung), alternativ durch Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) erbracht werden.

Hinweis: Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen auf Verlangen der Vergabestelle innerhalb der von der Vergabestelle benannten Frist vorzulegen. Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist den Vergabeunterlagen beigelegt.

Sämtliche mit dem Angebot einzureichende Nachweise sind in einem den Vergabeunterlagen beigelegten Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen (Nachweisliste) gem. § 8 Abs. Nr. 5 VOB/A aufgeführt.

Gegebenenfalls auf gesondertes Verlangen vorzulegende Nachweise sind in der Angebotsaufforderung unter Buchstabe D, Ziffer 3.4, sowie dem Formblatt 216 (Nachweisliste; Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen) zu entnehmen.

Beurteilung der Eignung

Angaben, die mit dem Angebot vorzulegen sind:

- 1.) Eigenerklärung des Bieters, dass in seiner Person oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die ihm zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 6e EU VOB/A begründet sind.
- 2.) Eigenerklärung des Bieters, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nachgekommen ist.
- 3.) Eigenerklärung des Bieters zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft.
- 4.) Eigenerklärung zum Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der Maßnahme vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.
- 5.) Eigenerklärung über die Ausführung vergleichbarer Leistungen in den letzten fünf Jahren.
- 6.) Eigenerklärung über die Bereithaltung der für die Ausführung der Leistung erforderlichen Arbeitskräfte.
- 7.) Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedient.
- 8.) Erklärung des Bieters über die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister.

Für die vorgenannten Auskünfte (Eigenerklärungen) sind entsprechende Formblätter den Vergabeunterlagen beigelegt (Formblatt 124)

Ebenso zugelassen ist die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) als vorläufiger Beleg der Eignung. Eigenerklärungen und Eignungsnachweise, die durch Präqualifizierung geführt werden, sind zugelassen. Die durch Präqualifizierung geführten Eigenerklärungen und Eignungsnachweise müssen die gestellten auftragsbezogenen Mindestanforderungen nachweisen.

Auf Verlangen der Vergabestelle sind durch den Bieter zum Beleg seiner Eigenerklärungen entsprechende weitere Nachweise vorzulegen, wie:

- Nachweis über die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister wie Handelsregister,

Partnerschaftsregister, Berufskammern der Länder, Handwerksrolle
 - eine Bescheinigung in Steuersachen des zuständigen Finanzamtes über die vollständige Entrichtung von Steuern, die nicht älter als 13 Monate sein darf,
 - gültige Bescheinigungen der zuständigen Krankenkasse, tariflichen Sozialkasse und Berufsgenossenschaft über die vollständige Entrichtung von Beiträgen, die nicht älter als 13 Monate sein dürfen.
 - Drei Referenzen mit folgenden Angaben: Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges,
 - Angaben zu Arbeitskräften: Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal.
 Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen.

Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären.
 Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom Dritten abzugeben.

Sämtliche einzureichenden Nachweise sind in den Vergabeunterlagen sowie im beigefügten Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen (Formblatt 216) aufgeführt.

Bei Einsatz von Nachunternehmern sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Der Auftragnehmer muss ausreichend versichert sein. Vom Betriebshaftpflichtversicherer ist eine Bestätigung vorzulegen, dass eine Deckungssumme von 5.000.000 EUR für Personen- und Sachschäden und 500.000 EUR für sonstige Vermögensschäden besteht. Sämtliche Kosten für die Versicherungen sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Dies kann durch eine Bescheinigung der Versicherung nachgewiesen werden, dass die Versicherungssumme im Auftragsfall zur Verfügung steht.

Bieter müssen mit Angebotsabgabe und während der Werkleistung die fachliche Qualifikation (Fachkunde, technische Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit der Technischen Vertragserfüllung) und Gütesicherung des Unternehmens nachweisen.
 Die Anforderungen der vom Deutschen Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e.V. herausgegebenen Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 sind für die nachstehend angegebenen Beurteilungsgruppen zu erfüllen
 AK2 / AK3
 Dichtheitsprüfung D
 mit Angabe der Ausführung von Leistungen in den letzten 3 Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

Der Nachweis gilt als erbracht, wenn der Bieter die Erfüllung der Anforderungen und die Gütesicherung des Unternehmens nach RAL-GZ 961 mit dem Besitz des entsprechenden RAL-Gütezeichens Kanalbau für die geforderten Beurteilungsgruppen) nachweist.

Der Nachweis gilt insbesondere als gleichwertig erbracht, wenn der Bieter die Erfüllung der Anforderungen durch einen Prüfbericht entsprechend Güte- und Prüfbestimmungen RAL-GZ 961 Abschnitt 4.1 für die geforderten Beurteilungsgruppe(n) nachweist und eine Verpflichtung vorlegt, dass der Bieter im Auftragsfall für die Dauer der Werkleistung einen Vertrag zur Gütesicherung RAL-GZ 961 entsprechend Abschnitt 4.3 abschließt und die zugehörige "Eigenüberwachung gemäß den Anforderungen des Güteschutz Kanalbau e.V.; dabei ist eine Eigenüberwachung (z.B. Baustofflabor) und eine Fremdüberwachung (z.B. Güteschutz Kanalbau) nachzuweisen.

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)

Name	Kreisverwaltung Mayen-Koblenz
Straße	Bahnhofstraße 9
Plz, Ort	56068, Koblenz
Telefon	
Fax	

E-Mail info@kvmyk.de

Internet

Sonstiges

Der Auftraggeber wendet die Regelungen der Verwaltungsvorschrift "Öffentliches Auftragswesen in Rheinland-Pfalz" in der jeweils geltenden Fassung an.

Der Auftraggeber wendet die Regelungen des "Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (LTTG)" in der jeweils geltenden Fassung an.

Dieses Vergabeverfahren fällt in den Anwendungsbereich der Landesverordnung über die Nachprüfung von Vergabeverfahren durch Vergabeprüfstellen. Bieter müssen erkannte oder erkennbare Verstöße innerhalb der jeweils geltenden Fristen des § 10 Abs. 3 dieser Verordnung gegenüber dem Auftraggeber rügen, anderenfalls können sie vor der Vergabeprüfstelle in der Sache nicht gehört werden.

Vergabeprüfstelle, an die der Auftraggeber eventuelle Beanstandungen des Bieters weiterleitet, sofern der Bieter nicht ausdrücklich auf eine Weiterleitung verzichtet hat:

Vergabeprüfstelle beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Stiftstraße 9,
55116 Mainz

Bekanntmachungs-ID:

CXP6YD0YEUK